

N i e d e r s c h r i f t

**der 29. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.01.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:02 Uhr bis 17:31 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	Teilnahme ab 14:29 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 14:09 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:09 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme 14:35 - 17:08 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme bis 14:12 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme bis 17:42 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme ab 14:09 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme ab 14:13 Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

Entschuldigt fehlen:

Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Werner Misch	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gast zu TOP 5.1:

Herr Eberhard Doege	Beigeordneter a. D.
---------------------	---------------------

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Rainer Panse wandte sich an den Vorsitzenden des Stadtrates und äußerte sich als Vorstandsmitglied des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle (Saale) e. V. zur seitens der Stadtverwaltung vorgesehenen 100 %igen Streichung der finanziellen Mittel für die Parkeisenbahn mit folgender Frage:

Wie werden Sie mit den Willensbekundungen der Bürger zum Erhalt der Parkeisenbahn umgehen?

Anschließend übergab **Herr Panse** dem Stadtratsvorsitzenden einen Ordner mit mehr als 5.000 Unterschriften von Bürgern zum Erhalt der Parkeisenbahn und sprach sich für eine Kürzung in Höhe von maximal 7 % aus. Er forderte den Stadtrat auf, sich gegen die von der Stadtverwaltung vorgesehene unsoziale und unausgewogene Streichliste zu entscheiden, um den Erhalt der seit Juni 1960 verkehrenden Parkeisenbahn zu sichern.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, antwortete, dass die Beratungen in den Fachausschüssen zum Haushaltsplanentwurf 2012 gerade begonnen haben und die Resolution des Fördervereins Parkeisenbahn Halle (Saale) e. V. in diese einbezogen werde.

Herr Stephan Schütze äußerte sich als Geschäftsführer der Druckhaus Schütze GmbH zum TOP 5.5 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung, Vorlage: V/2011/10117 mit folgender Frage:

Weshalb soll eine Umnutzung zum Gewerbegebiet erfolgen?

Herr Schütze brachte zum Ausdruck, dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb ein bestehendes funktionierendes Mischgebiet in ein Gewerbegebiet umgewandelt werden soll. Dies wäre seines Erachtens nicht notwendig und würde nur eine Verschwendung von finanziellen Mitteln bedeuten. Seit über 20 Jahren sei hier Gewerbe- und Wohnnutzung vorhanden.

Zudem merkte **Herr Schütze** an, dass der Amtsleiter der Wirtschaftsförderung entsprechend des MZ-Artikels vom 19.01.2012 mitgeteilt habe, dass die Nachfrage an Gewerbeflächen in diesem Gebiet aktuell sehr verhalten wäre.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, dass nach dem Flächennutzungsplan gewerbliche Baufläche in dem Bereich ausgewiesen werde. Demzufolge sei es planungsrechtlich kein Mischgebiet. Zielsetzung sei, gewerbliche Flächen in der Stadt Halle dauerhaft zu sichern und vor vermehrter Einzelhandelsansiedlung zu schützen.

Darüber hinaus wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass die heute vorliegende Vorlage keine endgültige Beschlussfassung sei. Im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan werden z. B. die Anlieger und Grundstückseigentümer beteiligt und können im Zuge dessen ihre Bedenken und Kritikpunkte äußern. Diese werden im Nachgang seitens der Stadtverwaltung und des Stadtrates sachgemäß abgewogen. Bei Bedarf erfolge eine Unterteilung des Gebietes.

Frau Anja Kühlborn äußerte sich als Anwohnerin ebenfalls zum TOP 5.5 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung, Vorlage: V/2011/10117 mit folgenden Fragen:

Weshalb werden für den B-Plan seitens der Stadtverwaltung Ausgaben in Höhe von mindestens 20.000 € getätigt, obwohl keine Notwendigkeit besteht?

Weshalb soll ein historisch gewachsenes Mischgebiet zu einem Gewerbegebiet werden?

Wurden die in diesem Gebiet erheblichen bodenrechtlichen Spannungen bei der Aufstellung des B-Plans beachtet?

Weiterhin machte **Frau Kühlborn** darauf aufmerksam, dass sie vor einigen Jahren eine Baugenehmigung auf dieser Fläche vor Gericht erstritten habe. Die damalige Richterin sei ebenfalls der Auffassung gewesen, dass es sich hierbei um ein Mischgebiet handele.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, verwies auf seine vorherigen Aussagen. Die im Flächennutzungsplan dargestellte gewerbliche Fläche müsse als Gebiet gesichert werden. Da planungsrechtlich bisher keine verbindlichen Beschlüsse gefasst wurden, bestünde die Gefahr, dass Fördermittel für die Ertüchtigung der Straßen wegfallen und Anwohner klagen.

Des Weiteren machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass vorerst grundsätzlich der unter TOP 5.5 aufgeführte Beschluss gefasst werden müsse, um generell das Ziel vorzugeben. Im Anschluss daran werden die Details festgelegt. Im Zuge dessen erfolge im weiteren Verfahren u. a. die Beteiligung der Anlieger und Anwohner. Dabei werden die geäußerten Hinweise und Bedenken abgewogen, so dass im Nachgang dazu bestimmte Bereiche des Gebietes aus dem Bebauungsplan herausgelöst werden können.

Aus vorgenannten Gründen sei der Beschluss zum Bebauungsplan erforderlich.

Frau Elvira Hirtz äußerte sich als Bürgerin der Stadt Halle zur Streichung von Städtebaufördermitteln durch das Land in Verbindung mit der städtischen Haushaltssituation mit folgenden Fragen:

Wie kann die Verwaltungsspitze diese Misere beenden?

Kann gegen das Land geklagt werden?

Was können die Bürger der Stadt Halle tun, damit das Land auf die hier bestehenden Probleme aufmerksam wird und die Stadt Halle mehr Fördermittel erhält?

Dabei verwies **Frau Hirtz** auf einen Artikel in der MZ am 08.01.2012. Aufgrund des nicht genehmigten Haushaltes der Stadt Halle im Jahr 2011 wurden die vorgesehenen Fördermittel an andere Kommunen, wie z. B. Leuna, Landsberg und Magdeburg, verteilt.

In dem Zusammenhang kritisierte sie Stadtrat und Verwaltung. Anstatt sich gemeinsam für die Stadt Halle und ihre Bürger einzusetzen, gab es Streitigkeiten innerhalb der Verwaltungsspitze und des Stadtrates. Es sollte nicht die Parteizugehörigkeit, sondern immer die Sache im Vordergrund stehen, um die Probleme zu lösen.

Weiterhin kritisierte sie den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt. Dieser setze sich nicht für die Stadt Halle ein. Für die Vielzahl an zu erfüllenden Aufgaben erhalte die Stadt Halle zu wenig Fördermittel. Das Land lasse seine Grundstücke in der Stadt Halle verkommen. Stattdessen sei ein Großgefängnis geplant.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte den Ausführungen von Frau Hirtz zu, dass die Stadt Halle als Oberzentrum nicht entsprechend ihrer Aufgaben durch das Land finanziert sei. Dies belege auch eine Studie des Landes.

Die Stadt Halle habe gegenüber anderen Städten deutlich geringere Gewerbesteuerereinnahmen. Im Gegensatz dazu wären die Ausgaben äußerst hoch, da auch Aufgaben für das Umland erfüllt werden. Aus diesem Grund seien Stadtrat und Verwaltung gegen das Finanzausgleichsgesetz (FAG) vorgegangen. Daraufhin wurde seitens des Landes eine nochmalige Prüfung des FAG zugesagt. Im Ergebnis dessen könne möglicherweise eine gerechtere Verteilung der Mittel erreicht werden.

Darüber hinaus machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sie aufgrund des unausgeglichene Haushaltes gezwungen wäre, Mittelkürzungen vorzunehmen. Im Zuge dessen müssen alle Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt und Abwägungen vorgenommen werden. Das Hauptproblem wäre allerdings die Einnahmesituation. Hierbei sei das Land gefragt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 29. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 45 Mitglieder des Stadtrates (78,95 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 6.2 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption
Vorlage: V/2011/10239
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 10.01.2012 vertagt

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Sportausschuss
Vorlage: V/2012/10407

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2012/10407 einstimmig zugestimmt
Der Antrag wird unter TOP 7.4 behandelt.

Dringlichkeitsantrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (CDU-Stadtratsfraktion) zum Gebäude Brüderstraße 7
Vorlage: V/2012/10413

Herr Müller, CDU-Fraktion, begründete die Dringlichkeit. Seitens des Eigentümers liege bereits ein Antrag auf Abbruch des Gebäudes Brüderstraße 7 vor. Das Gebäude wäre für das halesche Stadtbild von großer Bedeutung. Bei einem Abbruch würde der gesamte Straßenzug erheblich beeinträchtigt werden. Die Verwaltung spreche sich aus städtebaulichen und denkmalpflegerischen Gründen ebenfalls gegen den Abbruch aus. Aufgrund des laufenden Verfahrens wäre ein klares Votum des Stadtrates wichtig und dringlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2012/10413 mehrheitlich zugestimmt
Der Antrag wird unter TOP 7.5 behandelt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, weshalb die Tagesordnungspunkte

5.3 Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2010/09265

5.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage:
V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2011/09828

- 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)
Vorlage: V/2011/10320

- 5.4 Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100
Vorlage: V/2010/08946

- 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946
Vorlage: V/2011/09530

- 5.4.2 Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2011/09829

- 5.4.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)
Vorlage: V/2011/10322

nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden und verwies auf die Diskussion in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.01.2012. Dort wurden o. g. Tagesordnungspunkte entsprechend eines Geschäftsordnungsantrages mit der Festlegung vertagt, dass die beiden Vorlagen einschließlich der Änderungsanträge vorerst nochmals im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beraten werden. Demzufolge könne in der heutigen Stadtratssitzung keine Beschlussfassung erfolgen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, machte darauf aufmerksam, dass der Stadtrat Herr des Verfahrens sei. Aufgrund der aktuell eingegangenen Informationen seitens der Verwaltung sollte dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben werden, diese Thematik entgegen des Beschlusses im Hauptausschuss in der heutigen Sitzung zu beraten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Tagesordnung bereits veröffentlicht war und man sich in einer gewissen Drucksituation befinde. Das Bauvorhaben ziehe sich bereits über einen längeren Zeitraum hin. Solange keine Beschlussfassung erfolgt sei, könne man beim Wirtschaftsministerium als Fördermittelgeber nicht vorstellig werden.

Zudem habe die Verwaltung zur kurzfristig eingebrachten Begründung zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM eine Stellungnahme abgegeben, so dass sich die Fraktionen damit befassen konnten.

In Anbetracht dessen wäre sie der Auffassung, dass der Stadtrat eine zielführende Entscheidung treffen könne.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., sowie **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, sprachen sich weiterhin für die Absetzung der o. g. Tagesordnungspunkte aus.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Bau-
beschluss HAUPTerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4.
Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.:
V/2010/08946)
Vorlage: V/2012/10409

werden ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.5 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung
Vorlage: V/2011/10117

Hierzu liegt eine geänderte Vorlage vor.
Zudem liegt ein Änderungsantrag vor.

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum
Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung
Vorlage: V/2012/10414

zu 5.6 Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich täti-
ge Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10172

Hierzu liegen Austauschblätter vor; es wurden Änderungen im § 4 vorgenommen.

zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur regelmäßi-
gen Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen zu Bebauungsplä-
nen
Vorlage: V/2011/10245

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor; der Antrag wurde durch den Antragsteller geändert.

zu 6.6 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung
Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor; der Antrag wurde durch den Antragsteller geändert.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tages-
ordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 14.12.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters
Vorlage: V/2011/10275
 - 5.2 Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/10349
 - 5.3 *Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*
Vorlage: V/2010/09265 abgesetzt
 - 5.3.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*
Vorlage: V/2011/09828 abgesetzt
 - 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)*
Vorlage: V/2011/10320 abgesetzt
 - 5.3.3 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/09265)*
Vorlage: V/2012/10410 abgesetzt
 - 5.4 *Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100*
Vorlage: V/2010/08946 abgesetzt
 - 5.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946*
Vorlage: V/2011/09530 abgesetzt
 - 5.4.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100*
Vorlage: V/2011/09829 abgesetzt

- 5.4.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)*
Vorlage: V/2011/10322 abgesetzt
- 5.4.4 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)*
Vorlage: V/2012/10409 abgesetzt
- 5.5 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung
Vorlage: V/2011/10117
- 5.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung
Vorlage: V/2012/10414
- 5.6 Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10172
- 5.7 Jahresabschluss 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09956
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Fraktion) zur Prüfung von Regressforderungen an das für die Marktplatzgestaltung verantwortliche Planungsbüro
Vorlage: V/2011/10159
- 6.2 *Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erstellung einer Fußwegekonzeption*
Vorlage: V/2011/10239 abgesetzt
- 6.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10243
- 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur regelmäßigen Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen zu Bebauungsplänen
Vorlage: V/2011/10245
- 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung der BürgerInnenbeteiligung und Transparenz durch E-Government
Vorlage: V/2011/10242
- 6.6 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084
- 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Veröffentlichung von Stadtratsbeschlüssen im Amtsblatt
Vorlage: V/2011/10223

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten
Vorlage: V/2012/10373
 - 7.2 Antrag der Stadträtinnen Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Hanna Haupt (SPD) zum Gedenktag 9. November
Vorlage: V/2011/10360
 - 7.3 Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration
Vorlage: V/2012/10372
 - 7.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Sportausschuss
Vorlage: V/2012/10407
 - 7.5 Dringlichkeitsantrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (CDU-Stadtratsfraktion) zum Gebäude Brüderstraße 7
Vorlage: V/2012/10413
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
 - 8.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zum Umsetzungsstand der grünordnerischen Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 8.3 und Nr. 8.4 in Halle-Büschdorf
Vorlage: V/2011/10299
 - 8.2 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Kleingartenanlage "Steinernen Jungfrau"
Vorlage: V/2011/10283
 - 8.3 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Radverkehr
Vorlage: V/2011/10358
 - 8.4 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Kontrolle der Umweltzone
Vorlage: V/2012/10369
 - 8.5 Anfrage der CDU-Fraktion zum Durchgangsverkehr in Ammendorf
Vorlage: V/2012/10370
 - 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Wasserturm Halle-Ost
Vorlage: V/2012/10366
 - 8.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zu Verlusten von Städtebaufördermitteln für die Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2015
Vorlage: V/2012/10367
 - 8.8 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Pflaster in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: V/2012/10371
 - 8.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Verkehrswirkungen der Planungen der HWG im Paulusviertel
Vorlage: V/2012/10379

- 8.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Veräußerungserlöse aus dem VNG-Anteilsverkauf
Vorlage: V/2012/10375
- 8.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Abriss kommunaler Gebäude
Vorlage: V/2012/10378
- 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: V/2012/10380
- 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungen für Kapazitätserweiterungen in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: V/2012/10376
- 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer Internationalen Schule
Vorlage: V/2012/10377
- 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sammlung zeitgenössischer bildender Kunst aus Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10381
9. Mitteilungen
- 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 9.2 Information "Schaufenster Elektromobilität"
10. mündliche Anfragen von Stadträten
11. Anregungen
- 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zum Parkplatz am Südstadtring nordwestlich der Mailänder Höhe
Vorlage: V/2012/10368
- 11.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Darstellung von Informationen zur Umweltzone auf der städtischen Internetseite
Vorlage: V/2012/10382
12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2011

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 28. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 14.12.2011.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung vom 14.12.2011 gefassten Beschlüsse

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 14.12.2011 gefassten Beschlüsse:

- zu 3.1 Vergabebeschluss: Amt 37-L-02/2011: Lieferung von 2 Hilfeleistungslöschfahrzeugen, HLF 20/16 Allrad gemäß DIN EN 1846-2, DIN 1602-2 und DIN 14530-27
Vorlage: V/2011/10250**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma GIMAEX Schmitz GmbH aus Wilnsdorf für den Leistungszeitraum I. bis IV. Quartal 2012 mit einer Bruttosumme von 899.468,07 € den Zuschlag zu erteilen.

- zu 3.2 Vergabe Grundsicherung Brandschutz in den Gebäuden Grundschule Südstadt, KGS Ulrich von Hutten, Sekundarschule Am Fliederweg, Grundschule Gotthold Ephraim Lessing und Mittelbereitstellung
Vorlage: V/2011/10281**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an GP Papenburg Hochbau GmbH mit Firmensitz in Halle (Saale) zu einer Bruttosumme von 1.425.200,00 € zu erteilen.

- zu 3.3 Mitwirkung der Stadt Halle /Saale bei der Bestellung von Grundpfandrechten
Vorlage: V/2011/10256**

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin, im Rahmen der Baufinanzierung „Neubau eines Kunstrasengroßspielfeldes“ der Belastung des kommunalen Grundstückes Geschwister-Scholl-Straße 24 (Gemarkung Trotha, Flur 24, Flurstücke 347, 351, 14/3, davon Teilfläche ca. 7.010 m²) mit einem Grundpfandrecht gemäß Beschlussvorlage zugunsten Dritter zuzustimmen.

zu 3.4 Änderung des Beschlusses zur Führung der Bäder durch die Bäder Halle GmbH
Vorlage: V/2011/10334

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Zuschusszahlung an die Bäder Halle GmbH, welche im Stadtrat am 24.02.2010 beschlossen wurde (V/2009/08442).

<u>Finanzielle Auswirkungen:</u>	Beschluss 2010	Beschluss 2011
2010	3.150.000 €	2.216.700 €
2011	3.150.000 €	3.650.000 €
<u>2012</u>	<u>3.150.000 €</u>	<u>3.500.000 €</u>
Gesamt	9.450.000 €	9.366.700 €

zu 4.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einer Beteiligungsangelegenheit
Vorlage: V/2011/10067

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin berichtet im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über alle

a) die im Zeitraum 01.12.2010 – 30.09.2011

b) zukünftig fortlaufend

in der Gesellschafterversammlung des Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH (MMZ) nach §7 des Gesellschaftsvertrages gefassten Gesellschafterbeschlüsse.

Die Oberbürgermeisterin berichtet ferner im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über alle beabsichtigten und getroffenen Maßnahmen der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) zur Konsolidierung des Unternehmens.

Der Stadtrat beschließt entsprechend § 129 Abs. 2 GO LSA die Prüfung der Betätigung der Stadt Halle (Saale) als Gesellschafter des MMZ durch das Rechnungsprüfungsamt.

Der Prüfungszeitraum soll sich auf die Jahre 2008 bis 2010 beziehen.

**zu 5.2 Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
Vorlage: V/2011/10349**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass sich der Widerspruch der Oberbürgermeisterin vorwiegend auf den Punkt zur Schließung der Förderschule Jägerplatz beziehe. Insofern könne er nicht nachvollziehen, weshalb eine erneute Beschlussfassung zu allen Beschlusspunkten erfolgen soll.

Anschließend ging **Herr Schachtschneider** auf die einzelnen Beschlusspunkte ein und sprach sich für den Erhalt der Grundschule Rosa Luxemburg aus. Die durch die Verwaltung vorgesehene Zuordnung zur Grundschule Kastanienalle wäre nicht zielführend, da der Sanierungsbedarf dieser Grundschule höher sei als vorab angenommen. Zudem wäre die Finanzierung nicht geklärt.

Darüber hinaus bezog sich **Herr Schachtschneider** auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechend des TOP 5.20.5 in der letzten Stadtratssitzung zur Neueinrichtung eines Grundschulstandortes in der nördlichen Innenstadt. Diesem wurde zugestimmt, aber sei nicht im Widerspruch aufgeführt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stimmte den Ausführungen von Herrn Schachtschneider zur Grundschule Rosa Luxemburg zu. Weiterhin fragte er zum Verfahren, ob über die durch den Stadtrat beschlossene und nicht über die ursprüngliche Vorlage abgestimmt werden müsse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass das Verfahren rechtlich vorgeschrieben sei. Danach müsse über die eingebrachte Vorlage der Verwaltung nochmals abgestimmt werden. Sollten die Vorlage oder einzelne Punkte erneut abgelehnt werden und dies rechtswidrig bzw. nachteilig sein, müsse sie beim Landesverwaltungsamt Widerspruch gegen den Beschluss einlegen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen nach den finanziellen Unterschieden zwischen der Vorlage der Verwaltung und dem geänderten Beschluss des Stadtrates in der letzten Sitzung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage zu den finanziellen Unterschieden treffen könne. Hierzu befinde man sich noch in der Abstimmung. Diese werden aber im Bildungsausschuss als zuständiger Fachausschuss im Zuge der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2012 vorgelegt.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, sprach sich für die seitens Verwaltung vorgeschlagenen Schulschließungen aus. Aufgrund der städtischen Haushaltssituation sei die Verwaltung gehalten, ebenso Einsparungen im Bereich der Schulen vorzunehmen. Die eingebrachten Vorschläge wären seines Erachtens zielführend. In Anbetracht dessen appellierte er an die Stadträte, die Verwaltung bei ihren Bemühungen zu unterstützen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte in Bezug auf die Frage von Herrn Kley an, dass er eine entsprechende Information zu den finanziellen Auswirkungen für wichtig erachte, da es Ziel der Verwaltung sei, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung finanzielle Mittel in Höhe von 1,5 Mio. € einzusparen.

Darüber hinaus fragte **Herr Paulsen** nach der Verfahrensweise mit den in der letzten Stadtratssitzung zugestimmten Änderungsanträgen. Diese seien Bestandteil des Stadtratsbeschlusses. In der Vorlage wurden sie allerdings nicht berücksichtigt.

Aufgrund der Unstimmigkeiten in der darauffolgenden Diskussion beantragte **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, eine Auszeit zur Klärung des Verfahrens.

Der Stadtrat nahm eine Auszeit von 9 Minuten.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass sich die Fraktionen einig seien, an der Stelle keine Verfahrensfehler riskieren zu wollen. Aufgrund dessen beantragte er die Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die Stadtratssitzung im Februar 2012. Die Verwaltung habe im Gegenzug zugesichert, sich über die ordnungsgemäße Verfahrensweise erneut zu erkundigen und in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2012 darüber zu informieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Lange auf Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des Widerspruches der Oberbürgermeisterin vom 20.12.2011 beschließt der Stadtrat erneut über die Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13:

Bezugsbeschlüsse:

- 1) *Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08287) genehmigt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 31.03.2010*
- 2) *Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11, festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 24.02.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08549) genehmigt mit Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 03.06.2010*
- 3) *Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Berufsbildenden Schulen festgestellt mit Stadtratsbeschluss vom 27.10.2010 (Vorlagen Nr. V/2010/08664) genehmigt mit Bescheiden mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 18.03.2011 und 10.05.2011*

- 4) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12, abgelehnt mit Stadtratsbeschluss vom 25.05.2011 (Vorlage Nr. V/2010/09214) belegt mit Bescheid mit Auflagen des Landesverwaltungsamtes vom 05.07.2011
- 5) Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertageseinrichtungen 2010 vom 27.01.2010 (Vorlagen Nr. V/2009/08364)

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEPI) der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13 mit den folgenden Einzelmaßnahmen fest.
 - 1.1. Der Stadtrat stimmt der Neueinrichtung eines Grundschulstandortes zum 01.08.2012 sowie der Neueröffnung einer Grundschule zum 01.08.2013 am Standort Heinrich-Pera-Straße 13 zu. Die neue Grundschule soll bis auf Widerruf den Namen
Grundschule Glaucha
 tragen.
 Der neuen Grundschule wird der im Beschluss festgelegte Schulbezirk zugeordnet (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.2).
 - 1.2. Der Stadtrat stimmt in Verbindung mit dem Beschlusspunkt 1.1 der Änderung der Schulbezirke der Grundschulen Johannesschule, „August Hermann Francke“ und „Am Ludwigsfeld“ ab Schuljahr 2012/13 zu (vgl. Abschnitt I Punkt 2.1.3).
 - 1.3. Der Stadtrat stimmt einer auslaufenden Beschulung an der **Grundschule „Rosa Luxemburg“** ab 01.08.2012 zu. Die auslaufende Beschulung endet mit der Schließung der Grundschule am 31.07.2014. Der Schulbezirk der Grundschule „Rosa Luxemburg“ wird der Grundschule Kastanienallee zugeordnet. (vgl. Abschnitt I, Punkt 2.1.3).
 - 1.4. Der Stadtrat stimmt zu, den Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 als dauerhaften Standort der **Sekundarschule Halle-Süd** vorzuhalten. (vgl. Abschnitt II, Punkt 2.1.1).
 - 1.5. Der Stadtrat stimmt der Aufhebung des **Kabinetts für Wirtschaft/Technik, Hauswirtschaft, Liebenauer Straße 119** als eigenständige Einrichtung zu. Das Objekt wird ab 01.01.2012 schulorganisatorisch als Schulteil der KGS „Ulrich von Hutten“ geführt und im Produkt Gesamtschulen veranschlagt (vgl. Abschnitt 3, Punkt 2.1.1).
 - 1.6. Der Stadtrat stimmt zu
 - 1.6.1. der Aufhebung der Förderschule Comeniusschule und der die Förderschule Jägerplatz als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012 zu schließen und die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen der erforderlichen Schulwechsel mit der Schulbehörde unter Berücksichtigung der Schüler- und Elternwünsche eine Einweisung in die gewünschten Förderschulen abzustimmen,
 - 1.6.2. ~~der Fusion der Förderschule Comeniusschule und der Förderschule Jägerplatz ab 01.08.2012 am Standort Freimfelder Straße 88 zu einer neuen Förderschule für Lernbehinderte. Die neue Förderschule soll bis auf Widerruf den Namen~~
Schule Freimfelde Förderschule für Lernbehinderte Nord-Ost
 tragen.
 - 1.6.3. der Aufhebung der **Förderschule Makarenkoschule und der Förderschule Fröbelschule** als eigenständige Schulstandorte zum 31.07.2012.

Darüber hinaus verwies **Herr Häder** auf das Planungsziel der Verwaltung. Danach sollen die vorhandenen Wohngebäude weitestgehend geschützt werden. Aus diesem Grund könne er nicht nachvollziehen, weshalb die Verwaltung empfehle, den Änderungsantrag abzulehnen. Mit diesem soll bei Umsetzung des Vorhabens lediglich ein Bestandsschutz für die bereits vorhandenen Wohn- und Gewerbenutzungen sichergestellt werden, um bauliche Veränderungen vornehmen zu können. Hierbei ginge es nicht, wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt, um eine Nutzungsänderung.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, erinnerte daran, dass in der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten eine Erweiterung der Fläche von ca. 191 ha auf ca. 198 ha beschlossen und durch die Verwaltung übernommen wurde. Demzufolge wolle eine große Mehrheit die Zielsetzung der Verwaltung verfolgen.

Zudem wäre es seines Erachtens nicht zweckmäßig und nicht erforderlich, eine unbestimmte Formulierung, dass Erweiterungen allgemein zulässig bleiben, zum jetzigen Zeitpunkt aufzunehmen. Mit dem Begriff Erweiterung können auch Nutzungen in größerer Dimension vorgenommen werden. Dies werde im weiteren Prozess der Bauleitplanung geprüft. Sollte im Zuge dessen festgestellt werden, dass bestimmte Projekte die Zielsetzung konterkarieren, wäre der Stadtrat mit einem Beschluss einer Veränderungssperre zwangsläufig einbezogen.

Aus vorgenannten Gründen seien genügend Möglichkeiten entsprechend des Baugesetzbuches vorhanden, im weiteren Verfahren Konfliktsituationen unter Beteiligung des Stadtrates zu lösen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, sprach sich gegen den Änderungsantrag aus. Dieser wäre zum jetzigen Zeitpunkt in keinsten Weise zielführend. Er gehe zunächst davon aus, dass im Ausschuss für Planungsangelegenheiten die Notwendigkeit des Vorhabens ordnungsgemäß beraten wurde. Sollte der Stadtrat eine Ergänzung entsprechend des Änderungsantrages für erforderlich erachten, müsse dies im Rahmen des Abwägungsbeschlusses erfolgen.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass er dem Änderungsantrag ebenfalls nicht zustimmen könne und schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley und Herrn Beigeordneten Stäglich an.

Des Weiteren wies **Herr Sieber** auf die in diesem Gebiet derzeit auszuführenden zahlreichen Straßenbaumaßnahmen hin. Der Änderungsantrag sei in seiner Formulierung unbestimmt und könne sich dabei äußerst negativ auf das Gebiet auswirken.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass seine Fraktion einen ähnlichen Änderungsvorschlag einbringen wollte, so dass Einzelfallprüfungen möglich seien und nicht von vornherein Erweiterungen und Veränderungen ausgeschlossen werden.

Demzufolge könne man seines Erachtens dem Änderungsantrag mit folgender Änderung zustimmen:

4. Im Rahmen der Erarbeitung des Satzungsbeschlusses ist sicherzustellen, dass Erweiterungen, Änderungen und Erneuerungen derzeit bereits vorhandener baulicher und sonstiger Anlagen **allgemein grundsätzlich** zulässig bleiben.

Dies würde die Möglichkeit einräumen, bei Bedarf erhebliche Erweiterungen und Veränderungen auszuschließen. Zudem wäre eine solche Formulierung in der frühen Phase der Aufstellung des Bebauungsplanes wichtig, um die betroffenen Bürger nicht weiter zu verunsichern.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, übernahm die von Herrn Bönisch eingebrachte Änderung.

Darüber hinaus ging **Herr Häder** auf die Wortmeldungen von Herrn Kley und Herr Sieber ein. Die bisher unbebauten Flächen sollen entsprechend der Vorlage der Verwaltung vor der Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben und weiteren Wohnnutzungen geschützt werden. Dies wäre bei Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion ebenfalls gegeben, da lediglich die bestehenden baulichen Anlagen einen erweiterten Bestandsschutz erhalten sollen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, brachte zum Ausdruck, dass mit einer solchen Formulierung eine Regelung für den Bebauungsplan vorweg genommen werde, für die vorerst eine umfassende Analyse des Gebietes im Detail zu erstellen sei.

Mit der Vorlage der Verwaltung soll die Zielsetzung, grundsätzlich gewerbliche Fläche in Halle-Ost zu schützen, ermöglicht werden. Danach erfolge im Prozess der Bauleitplanung die Analyse und Bestandsaufnahme, inwieweit die Zielsetzungen umgesetzt werden können und eine Zonierung des Gebietes erfolgen müsse. In dem Zusammenhang werden auch die bestehenden Wohnnutzungen berücksichtigt.

Der Änderungsantrag, so **Herr Beigeordneter Stäglin** weiter, sei zur Zielsetzung des Bebauungsplanes konterkarierend, da dadurch vorhandene gewerblich geprägte Gebäude in Verkaufsfläche umgewandelt werden könnten.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass er dem geänderten Änderungsantrag nicht zustimmen könne. Das Gewerbegebiet sei für die Stadt Halle äußerst wichtig und das Gewerbe müsse Vorrang haben.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erläuterte nochmals die Intention seines Änderungsvorschlages. Damit seien umfangreiche Erweiterungen ausgeschlossen. Demzufolge wäre der Änderungsantrag in der jetzigen Phase unschädlich und ein Signal an die betroffenen Bürger, dass ihre Interessen im Verfahren berücksichtigt werden. Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, wenn die Verwaltung einerseits den Bürgern Zusagen gebe, dass die Wohnnutzung berücksichtigt werde, aber andererseits den Änderungsantrag vehement ablehne. In Anbetracht dessen bat er um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Herr Felke, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass nicht beabsichtigt sei, den Bürgern in Halle-Ost zu schaden. Hierbei soll lediglich ein geordnetes Verfahren stattfinden und umgesetzt werden.

Weiterhin schloss sich **Herr Felke** den Ausführungen von Herrn Sieber an, dass die Entwicklung des Gewerbegebietes Halle-Ost für die Stadt Halle äußerst wichtig sei und Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Aus diesem Grund bat er darum, der Vorlage der Verwaltung in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, erinnerte daran, dass der Flächennutzungsplan für das Gebiet bereits im Jahr 1998 veröffentlicht wurde und somit allen bewusst wäre, dass die Fläche als Gewerbegebiet ausgewiesen sei. Insofern wäre die Umsetzung des Flächennutzungsplanes mit der Vorlage der Verwaltung nicht überraschend. Zudem soll nicht der gesamte Bereich zum Gewerbegebiet umgewandelt werden, z. B. sollen Wohngebiete verdichtet und weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus wies **Herr Kley** darauf hin, dass der Änderungsantrag investorenunfreundlich sei. Bei Zustimmung bestünde keine Möglichkeit eines zügigen Ausbaus, da die geplanten Bauvorhaben vorerst von der Verwaltung geprüft werden müssten.

Aufgrund dessen bat **Herr Kley** darum, die Rechtssicherheit des Bebauungsplanes zu gewährleisten und derartige Änderungsvorschläge im Rahmen des Abwägungsbeschlusses einzubringen. Zu diesem Zeitpunkt liegen die jeweiligen Stellungnahmen vor, so dass der Stadtrat nachhaltig und zielführend Abwägungen vornehmen könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie der Vorlage.

zu 5.5.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung Vorlage: V/2012/10414

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird mit folgenden Punkt ergänzt:

- 4. Im Rahmen der Erarbeitung des Satzungsbeschlusses ist sicherzustellen, dass Erweiterungen, Änderungen und Erneuerungen derzeit bereits vorhandener baulicher und sonstiger Anlagen **allgemein grundsätzlich** zulässig bleiben.*

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

zu 5.5 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Aufstellung Vorlage: V/2011/10117

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ aufzustellen.**
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 494 ha 198 ha.**
- 3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.**

**zu 5.6 Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10172**

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die vorliegende Vorlage aus einem Antrag der SPD-Fraktion resultiere und bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form/Text):

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Halle (Saale).

Anmerkung:

Änderung im § 4 der Satzung.

**zu 5.7 Jahresabschluss 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09956**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der durch die Betriebsleitung aufgestellte Jahresabschluss weist zum 31.12.2010 eine Bilanzsumme von EURO 43 Mio. und erhöhte sich damit gegenüber dem Jahr 2009 um 5.1 Mio EUR. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein positives Ergebnis von EURO 1,671 Mio. aus.
Der Stadtrat bestätigt folgende Ergebnisverwendung:

Ausschüttung an die Stadt Halle	323.734,82 EUR
Einstellung in die Betriebsmittlrücklage	1.348.058,76 EUR
2. Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu und entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2010.

Protokollanmerkung:

Frau Wildgrube reichte im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 06.12.2011 folgende Punkte mit der Bitte um Beantwortung ein:

- Es geht vorrangig um einen Prüfauftrag. Es soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang Erfolgsaussichten für Schadensersatzanforderungen gegenüber dem Planungsbüro bestehen.
- Wenn geringe Erfolgsaussichten bestehen (wie von der Verwaltung dargestellt), dann ist dies detailliert zu begründen.
- Das hat die Verwaltung nicht getan.
- Die Verwaltung bezieht sich auf ein Gutachten, wonach die gebundene Bauweise (die zu den Mängeln führte) durch die Stadt selbst in Auftrag gegeben wurde.
- Das Planungsbüro hat eine ungebundene Bauweise vorgeschlagen.
 - Hat es auch eine ausdrückliche Risikobelehrung zu den möglichen baulichen Mängeln durchgeführt? Wie lautet die Belehrung im Einzelnen? Konnte die Stadt Halle aufgrund dessen richtig entscheiden? War die gebundene Bauweise seitens der Stadt bereits in der Ausschreibung vorgegeben? Wenn ja, hätte das Planungsbüro von vornherein erkennen müssen, dass solche Platten für das Vorhaben ungeeignet sind?
- Wie sind die vertraglichen Beziehungen zwischen Stadt, Planungsbüro und dem Berater Dr. Becker gestaltet worden? Wer hatte welche Rechte/Pflichten? Ist dem Berater möglicherweise eine Schuld zuzuweisen? Hat die Einschaltung des Beraters möglicherweise dazu geführt, dass das Planungsbüro aus seinen Haftungspflichten entlassen wurde?
- Es fehlt eine Darlegung, ob tatsächlich eine Verjährung eingetreten ist (Unterbrechung, Hemmung ...).

zu 6.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle Vorlage: V/2011/10243

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und gab kurz den Beratungsverlauf im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu dieser Thematik wieder. Zudem hoffe er, dass bei Einführung einer solchen Bürgerinformationsveranstaltung Ideen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes eingebracht werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, jährlich nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfes eine Bürgerinformationsveranstaltung/Bürgersprechstunde zu dieser Thematik für interessierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle durchzuführen. Ziel der Veranstaltung ist, Bürgerinnen und Bürgern der Stadt den Haushaltsplan für das nächste Haushaltsjahr in leicht verständlicher Form zu erklären und Transparenz sowie Nachvollziehbarkeit zum neuen Buchführungssystem Doppik zu erreichen.

zu 6.4 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur regelmäßigen Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen zu Bebauungsplänen** Vorlage: V/2011/10245

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und verwies in dem Zusammenhang auf die Einwohnerfragestunde sowie auf Diskussionen zum TOP 5.5 in dieser Sitzung. Es wäre wichtig, die Vorbereitungen zu Bebauungsplänen transparent und für die Bürger übersichtlich und klar darzustellen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass seine Fraktion den vorliegenden Antrag unterstütze. Man halte den Antrag für einen Schritt in die richtige Richtung, allerdings sei dieser noch nicht weitgehend genug.

Zudem bat **Herr Paulsen** die Verwaltung, zukünftig noch aktiver auf die Bevölkerung zuzugehen und die Bürger frühzeitiger in die Verfahren und teilweise vor wichtigen Vorentscheidungen einzubeziehen. Dies wäre grundsätzlich möglich. Auf der Internetseite www.buergergesellschaft.de seien gute Möglichkeiten dahin gehend aufgeführt.

Als positives Beispiel dafür nannte er die Vorgehensweise der Verwaltung zur Erhaltungssatzung der Vorgärten im Mühlwegviertel. Ein negatives Beispiel wäre das Verfahren der Verwaltung zum Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" entsprechend des TOP 5.5, bei dem die Bürger seines Erachtens nicht frühzeitig genug informiert und einbezogen wurden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, wies darauf hin, dass die Verwaltung dem geänderten Antrag zustimmen könne. Damit könne die Verwaltung ihren erforderlichen Ermessensspielraum weiterhin ausüben, da nicht bei allen Planverfahren Bürgerinformationsveranstaltungen zweckmäßig seien.

Grundlage für die Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen wären allerdings entsprechende Stadtratsbeschlüsse, wie z. B. zur Erhaltungssatzung der Vorgärten im Mühlwegviertel. Eine ähnliche Verfahrensweise werde man zu dem in der heutigen Sitzung gefassten Beschluss zum Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" vornehmen und mindestens eine Bürgerinformationsveranstaltung durchführen.

Ungeachtet dessen haben die Bürger über die seitens der Verwaltung durchgeführten Bürgerforen die Möglichkeit, auf bestimmte Punkte hinzuweisen. Beispielsweise resultiere das Thema der Erhaltungssatzung der Vorgärten aus einen der Bürgerforen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb die Stadtverwaltung hierbei nur auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses handeln wolle. Dabei erinnerte er an die Thematik Marktplatzgestaltung, bei der die Verwaltungsspitze eigenständig und ohne Stadtratsbeschluss die Frage zur Einzäunung des Händel-Denkmal auf Bürgerforen angesprochen habe.

Insofern sollte die Stadtverwaltung couragierter agieren und die Bürger bei beabsichtigten Vorhaben oder anderweitigen Ideen rechtzeitig beteiligen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

1. **Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, vor oder spätestens im Rahmen der öffentlichen Auslegung von Bebauungsplänen und des Beteiligungsverfahrens Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen, in denen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten wird, den Bebauungsplan ausführlich dargestellt zu bekommen, so dass er auch für Fachkundige nachvollziehbar und verständlich wird.**
2. **Die Bürgerinformationsveranstaltungen sollen sofern es möglich ist, vor Ort im betreffenden Gebiet stattfinden.**
3. ***Die unter 1. und 2. genannten Zielstellungen sollen über Beantragung im Planungsausschuss für besondere Bebauungspläne erreicht werden.***

zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung der BürgerInnenbeteiligung und Transparenz durch E-Government
Vorlage: V/2011/10242

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und erläuterte die Zielstellung dessen. Zum einen soll der Stadtrat die Ziele des Masterplans zum E-Government bekräftigen. Zum anderen sollen sich Stadtverwaltung und Stadtrat gemeinsam an der Fortschreibung des Masterplans beteiligen. Dieser sei bis Ende 2012 gültig, so dass man sich jetzt über die Ziele im Bereich E-Government, OpenData und Bürgerhaushalt verständigen müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bekennt sich zu dem Ziel einer verstärkten BürgerInnenbeteiligung an der städtischen Politik durch Ausweitung der E-Government-Angebote der Stadt.
2. Im dritten Quartal 2012 sind die Ergebnisse folgender Prüfaufträge in Form einer Beschlussempfehlung für den E-Government-Masterplan 2013-2020 vorzulegen:
 - I. OpenData: Prüfung von Aufwand und möglichem Umfang einer datenschutzkonformen, kostenlosen öffentlichen Zurverfügungstellung der durch und für die Stadtverwaltung erhobenen Daten in einem maschinenlesbaren Format über Standard-Schnittstellen.
 - II. OpenGovernment: Prüfung des Aufwands der Einführung von Vorhaben der informations- und kommunikationstechnologiegestützten BürgerInnenbeteiligungen auf der Basis des erreichten Umsetzungsstands der Verwaltungsmodernisierung in der Stadt Halle (Saale).
 - III. Bürgerhaushalt: Prüfung der Umsetzung der Ratsbeschlüsse zur Einführung eines Bürgerhaushalts über eine technische Plattform für eine umfassende Information der BürgerInnen über den städtischen Haushalt und deren Einbeziehung in die Entscheidungsfindung zu Haushaltsprioritäten.

**zu 6.6 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Horteinrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab bekannt, dass sie über die Stellungnahme der Verwaltung erstaunt gewesen sei. Es wäre bekannt, dass die Zuständigkeit hinsichtlich der Umsetzung dem Land obliege. Dennoch könne die Stadt gestaltend mitwirken. Die zu diesem Thema in der Martin-Luther-Universität durchgeführte Veranstaltung habe die Interessenlagen von betroffenen Eltern aufgezeigt.

Darüber hinaus liegen die im Antrag geforderten Angaben zur Berichterstattung ihres Erachtens in Zuständigkeit der Stadtverwaltung. Die bestehenden Probleme sollen transparent dargestellt werden, um auf dieser Basis gemeinsam nach Lösungsansätzen für die Schaffung von Rahmenbedingungen suchen zu können, die den Trägern eine Realisierung ermöglichen.

Abschließend informierte **Frau Wolff** darüber, dass die entsprechenden Fachausschüsse dem Antrag zugestimmt haben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Gründe für die Stellungnahme der Verwaltung. Das Anliegen des Antrages könne grundsätzlich nachvollzogen werden. Allerdings sei die unterschiedliche Auffassung des Kultus- und Sozialministeriums hinsichtlich des Betreuungsschlüssels problematisch. Nach Auffassung der beiden Ministerien bestünde einerseits für den Schulunterricht zusätzlicher Betreuungsbedarf, für die Hortbetreuung andererseits aber wiederum nicht.

Zu dieser Problematik finde mit dem Staatssekretär ein nochmaliger Gesprächstermin statt. Zudem habe sich Herr Bönisch an dieser Stelle wiederholt eingesetzt, um eine Klärung zu erreichen.

Insofern könne eine Berichterstattung erfolgen; die Stadt könne aber aufgrund der städtischen Haushaltslage nicht eigenständig mit einem erhöhten Betreuungsschlüssel eingreifen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies ergänzend ebenfalls auf die bestehende Problematik hin. Aufgrund der gegebenen Zuständigkeit des Landes zu dieser Thematik sei die Erstellung eines Berichtes schwierig. Die Verwaltung bemühe sich, mit dem Land zu Vereinbarungen zu kommen.

Ungeachtet dessen sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, dass ein Bericht aus Sicht der Verwaltung einschließlich der Darstellung der Probleme in den Schulen erstellt und vorgelegt werde. Im Zuge dessen mache man auch auf die Punkte aufmerksam, zu denen keine Aussage getroffen werden könne, da hier die Zuständigkeit des Landes gegeben sei. Wenn die antragstellende Fraktion dieser Intention folgen würde, könne sie dem Antrag zustimmen.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, schloss sich den Ausführungen der Oberbürgermeisterin an. Hintergrund des Antrages wäre, eine Bestandsaufnahme zu erhalten, aus welcher entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat darum, zu den Punkten, die nicht in der Zuständigkeit der Stadt liegen, sich beim Land nach einer entsprechenden Information zu erkundigen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

bis Ende ~~November 2011~~ ~~Februar 2012~~ April 2012 schriftlich zu berichten, wie die Umsetzung des Anspruches auf inklusive Pädagogik und Betreuung in ~~Schulen~~ sowie in Horteinrichtungen realisiert wird. In der Berichterstattung sollen Aussagen zur:

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Festsetzung der Sperrzeit für öffentliche Vergnügungsstätten** **Vorlage: V/2012/10373**

Herr Kley, FDP-Fraktion, erläuterte die Hintergründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Nach § 3 der Verordnung über die Festsetzung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten für das Land Sachsen-Anhalt (Sperrzeit VO) könne die Stadt Halle als zuständige Behörde die Sperrzeit verlängern, verkürzen oder aufheben. Auf Grundlage der Sperrzeit VO werde für Gastronomie- und Beherbergungsgewerbe eine Sperrzeit von 05:00 bis 06:00 Uhr sowie für Vergnügungsstätten eine Sperrzeit von 22:00 bis 07:00 Uhr vorgesehen.

In der Stadt Halle bestünde das Problem, dass im innerstädtischen Bereich eine Vielzahl von Einrichtungen offensichtlich über Einzelgenehmigungen 24 Stunden geöffnet haben. Ziel des Antrages wäre die Aufhebung der Sperrzeit in den Außenbezirken der Stadt Halle, um dort zukünftig entsprechende Einrichtungen ansiedeln zu können und die Wohngebiete im innerstädtischen Bereich nicht zu beeinträchtigen.

In dem Zusammenhang verwies **Herr Kley** auf die Sperrzeit VO des Landes Sachsen. Bei Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion wäre für die Schank- und Speisewirtschaften die Stadt Halle möglicherweise attraktiver als Leipzig.

Aufgrund dessen sollte die Sperrzeit in den Außenbezirken grundsätzlich aufgehoben und von der bisher üblichen Praxis der Einzelgenehmigungen abgesehen werden.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass der Antrag interessant sei. Nach Auffassung seiner Fraktion bestünde allerdings weiterer Informationsbedarf. Infolge dessen verwies er den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag zudem in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung einer Verkürzung oder Aufhebung der Sperrzeiten (außerhalb von Wohngebieten) nach § 3 der Verordnung über die Festsetzung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungsstätten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

zu 7.2 Antrag der Stadträtinnen Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Hanna Haupt (SPD) zum Gedenktag 9. November
Vorlage: V/2011/10360

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte die Gründe für die Einbringung des Antrages. Der 9. November sei historisch von großer Bedeutung. Um an den jeweiligen Gedenkveranstaltungen teilnehmen zu können, sollten generell keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit ab 16:00 Uhr geplant werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie das Anliegen nachvollziehen könne. Die Verwaltung habe hierzu keine Stellungnahme abgegeben, da ein solcher Beschluss einzig dem Stadtrat obliege. Aus diesem Grund sollten sich die Stadträte untereinander verständigen, inwieweit eine Antragstellung hierbei erforderlich sei.

Um über die weitere Verfahrensweise beraten zu können, verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Antrag in den Hauptausschuss.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag grundsätzlich begrüße. Dieser hätte allerdings keine Auswirkungen für die derzeitige Wahlperiode, da der 9. November in diesem Jahr auf einen Freitag und die Jahre darauf auf einen Samstag und Sonntag falle. In Anbetracht dessen sollte im Hauptausschuss über eine Erweiterung des Antrages hinsichtlich der Berücksichtigung weiterer Gedenktage beraten werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dass am 9. November generell keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit ab 16:00 Uhr geplant werden.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Hauptausschuss

zu 7.3 Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration
Vorlage: V/2012/10372

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Hintergründe für die Einbringung des Antrages. Die Stadt Halle weise mit ca. 9.000 Menschen den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt sowie ein vielfältiges, lebendiges Netzwerk an Akteuren im Bereich Integration auf.

Die Verwaltung habe die Kennzahlen zur Lebenssituation dieses Personenkreises letztmalig für die Jahre 2005 bis 2007 im städtischen Migrationsatlas erhoben. Die Angaben sollten aktualisiert und erweitert werden, um die bestehenden Angebote, Bedarfe und Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Bereich Integration beurteilen zu können.

Demzufolge begrüße ihre Fraktion das Vorhaben der Verwaltung, zukünftig auf Grundlage eines Indikatorensystems arbeiten zu wollen. Ebenso könne ihre Fraktion den Ausführungen der Verwaltung entsprechend der Stellungnahme zustimmen, dass der Aufbau eines Indikatorensystems eine Querschnittsaufgabe sei, bei der Stadtrat, Verwaltung und Interessenvertreter beteiligt werden müssen. Aufgrund dessen werde entsprechend des Beschlusspunktes 1 vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche den Prozess von Beginn an begleite.

Da die Verwaltung den Antrag als Prüfauftrag übernehmen wolle und offensichtlich weiterer Beratungsbedarf bestünde, verwies **Frau Krausbeck** den Antrag namens der Fraktion in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass sie die Einführung eines solchen Indikatorensystems für äußerst wichtig erachte. Allerdings müsse ihres Erachtens der Antrag formal überarbeitet werden. Beispielsweise wäre es entsprechend des Beschlusspunktes 2 problematisch, dass der Stadtrat Interessenvertreter von außen beauftrage.

In Anbetracht dessen brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass grundsätzlich über die Formalien gesprochen werden müsse. Ebenso sei es erforderlich, den Personenkreis der Arbeitsgruppe namentlich zu benennen. Aus diesem Grund verwies sie den Antrag zudem in den Hauptausschuss.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass ihre Fraktion das Anliegen unterstütze und der Antrag in Verbindung mit dem Stand der Umsetzung des „Leitbildes der kulturellen Vielfalt der Stadt Halle“ in der nächsten Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses diskutiert werden könne.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat darum, dass die Antragsteller bis zur Beratung in den Ausschüssen eine namentliche Untersetzung der Arbeitsgruppe vornehmen. Aus seiner Erfahrung heraus sollten nicht mehr als 10 Personen in dieser mitwirken.

Darüber hinaus regte **Herr Wolter** an, dass der Ausländerbeirat in seiner jetzigen Funktion diese Aufgabe begleiten könne.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, erklärte, dass die Antragstellung auf die entstandene Entwicklung der Thematik in der Stadt Halle beruhe. In dem Zusammenhang erinnerte er an den Antrag seiner Fraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung, bei dem alle Bereiche einbezogen und dies als eine Querschnittsaufgabe angesehen werden sollte. Insofern soll die Thematik gemeinsam mit der Arbeitsgruppe weiterhin präventiv und qualitativ begleitet werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im I. Quartal 2012 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die durch die Stadtverwaltung geplante Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration begleitet. Beteiligt werden sollen InteressenvertreterInnen von Menschen mit Migrationshintergrund, der Stadtrat und die Fachämter der Stadtverwaltung, insbesondere die Bereiche Personal, Wirtschaftsförderung, Bürgerservice, Jugendhilfe und Sozialplanung.
2. Das Gremium wird damit beauftragt, an der Entwicklung und Fortschreibung der Indikatoren mitzuwirken und über Verbesserungsbedarf und -maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Hauptausschuss

**zu 7.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Sportausschuss
Vorlage: V/2012/10407**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Frau Susann Hennig wird als sachkundige Einwohnerin in den Sportausschuss berufen.

**zu 7.5 Dringlichkeitsantrag der Stadträte Raik Müller und Roland Hildebrandt (CDU-Stadtratsfraktion) zum Gebäude Brüderstraße 7
Vorlage: V/2012/10413**

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, wies eingangs darauf hin, dass ihm bewusst sei, dass man sich bei dem vorliegenden Antrag im Bereich des übertragenen Wirkungskreises bewege. Dennoch seien die Umstände des Abrissantrages so, dass sich der Stadtrat mit einer klaren Willensbekundung auch gegenüber der Oberen Denkmalschutzbehörde für den Erhalt des historisch bedeutenden Gebäudes aussprechen sollte.

Zudem soll die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bemühungen zum Erhalt des Gebäudes unterstützen und über den aktuellen Stand regelmäßig im Ausschuss für Planungsangelegenheiten und im Stadtrat berichten.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass ihre Fraktion den Dringlichkeitsantrag unterstütze. In dem Zusammenhang verwies sie auf die letzte Sitzung des Hauptausschusses, in der die Verwaltung auf ihre Nachfrage hin zugesagt habe, stadtbildprägende Gebäude erhalten zu wollen.

Darüber hinaus erinnerte **Frau Haupt** daran, dass im Kulturausschuss am 11.01.2012 im Rahmen der Diskussion zu den kulturpolitischen Leitlinien diese Problematik ebenfalls angesprochen wurde. Es sei deutlich geworden, dass das Kulturgut sowie historische ältere und stadtbildprägende Gebäude erhalten werden sollten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. **Der Stadtrat spricht sich für den Erhalt des städtebaulich, denkmalpflegerisch und stadtgeschichtlich wichtigen Gebäudes Brüderstraße 7 aus.**
2. **Die Stadtverwaltung unterstützt Bemühungen, die das Gebäude erhalten wollen.**
3. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über den aktuellen Stand regelmäßig im Planungsausschuss und im Stadtrat zu berichten.**

Der Stadtrat legte eine Pause von 36 Minuten ein.

zu 8 **schriftliche Anfragen von Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zum Umsetzungsstand der grünordnerischen Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 8.3 und Nr. 8.4 in Halle-Büschdorf**
Vorlage: V/2011/10299

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Kleingartenanlage "Steinernen Jungfrau"
Vorlage: V/2011/10283

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dass die Kleingartenanlage „Steinerne Jungfrau“ weiterhin teilweise unter Wasser gesetzt sei und Pachtanlagen bzw. Grundstücke nicht nutzbar wären. Die Pächter bzw. Grundstückseigentümer haben bereits mehrfach erfolglos um ein Gespräch mit der Stadtverwaltung gebeten.

Frau Wolff bat eindringlich darum, mit den betroffenen Bürgern endlich ein Gespräch hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise zu führen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Radverkehr
Vorlage: V/2011/10358

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Kontrolle der Umweltzone
Vorlage: V/2012/10369

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, erklärte, dass er mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei. Diese beziehe sich ausschließlich auf die Tätigkeit der Polizei. Die Intention der Anfrage seiner Fraktion sei aber die Kontrolle des ruhenden Verkehrs gewesen, inwieweit Politessen befugt wären, die Verstöße gegen die Umweltplakettenpflicht innerhalb der Umweltzone zu registrieren und entsprechend zu ahnden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Anfrage der CDU-Fraktion zum Durchgangsverkehr in Ammendorf
Vorlage: V/2012/10370

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im März 2012 vertagt.

**zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Wasserturm
Halle-Ost
Vorlage: V/2012/10366**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zu Verlusten von
Städtebaufördermitteln für die Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2015
Vorlage: V/2012/10367**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Pflaster in der
Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: V/2012/10371**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Verkehrswir-
kungen der Planungen der HWG im Paulusviertel
Vorlage: V/2012/10379**

Die Anfrage wurde auf das II. Quartal 2012 vertagt.

**zu 8.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der
Veräußerungserlöse aus dem VNG-Anteilsverkauf
Vorlage: V/2012/10375**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Abriss kommunaler Gebäude
Vorlage: V/2012/10378

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, weshalb die in der MZ veröffentlichte Übersicht der betroffenen Gebäude dem Stadtrat nicht zur Kenntnis gegeben werde.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, antwortete, dass die in der MZ genannten Gebäude nicht auf Informationen der Stadtverwaltung beruhen. Hierbei handele es sich um Spekulationen seitens der MZ.

Herr Beigeordneter Neumann machte deutlich, dass sich eine Veröffentlichung der Objektliste wirtschaftlich nachteilig auf die Stadt Halle auswirken würde. Demzufolge wurde entsprechend der Antwort der Verwaltung angeboten, die Objektliste bei Bedarf im Liegenschaftsamt einzusehen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: V/2012/10380

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte hinsichtlich der Antwort auf die Frage 3, ob alle Maßnahmen oder tatsächlich nur eine Auswahl der Abnahmen und Nachkontrollen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgeführt wurden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass es sich hierbei um eine Auswahl handele. Es wurden lediglich die größeren Maßnahmen berücksichtigt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, nach welchen Kriterien die Größe der Maßnahmen festgelegt wurde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte eine Beantwortung unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungen für Kapazitätserweiterungen in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: V/2012/10376**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung Februar 2012 vertagt.

**zu 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer Internationalen Schule
Vorlage: V/2012/10377**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sammlung zeitgenössischer bildender Kunst aus Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10381**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte im Zuge der Antwort der Verwaltung, ob ein Zusammenwirken der Stiftung Moritzburg und dem Kunstforum der Saalesparkasse erfolge und ob im Kulturausschuss hierzu berichtet werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, die Mitglieder des Kulturausschusses dahin gehend zu informieren. Ungeachtet dessen machte sie darauf aufmerksam, dass die Stiftung Moritzburg und das Kunstforum der Saalesparkasse eigenständige Institutionen seien und seitens der Verwaltung keine Aufträge erteilt werden können. Es bestünde lediglich die Möglichkeit, Anregungen einzubringen.

Demzufolge müsse im Rahmen der Diskussion zu den Kulturpolitischen Leitlinien die Bedeutung einer solchen Sammlung herausgestellt werden. In Abhängigkeit des Ergebnisses sollte dann über die weitere Verfahrensweise beraten werden.

Abschließend wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass sie bedaure, dass keine Einrichtung zur Sammlung zeitgenössischer bildender Kunst für halleische KünstlerInnen vorhanden sei. Die Verwaltung könne dies nicht übernehmen, sondern nur andere Institutionen animieren, sich hier stärker einzubringen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 9 **Mitteilungen**

zu 9.1 **Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass zukünftig auf diese Mitteilung verzichtet werden könne, da die Maßnahmen abgeschlossen wären. Die Verwaltung sei derzeit bei der Zusammenstellung der Verwendungsnachweise.

Demzufolge schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, zukünftig ausschließlich im Hauptausschuss über den Stand der Verwendungsnachweisprüfung zu informieren.

Die Mitteilung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 **Information "Schaufenster Elektromobilität"**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die HWG bereit sei, die Planungen für das Gebäude des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße im Ausschuss für Planungsangelegenheiten vorzustellen. Dies wäre jedoch erst ab Mitte März möglich, da zu diesem Zeitpunkt die Berichterstattung substantiiert erfolgen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass am 14.02.2012 eine auswärtige Kabinettsitzung der Landesregierung in der Stadt Halle stattfinde. Dabei werde u. a. über das Finanzausgleichsgesetz und die Theaterverträge gesprochen. Zudem wolle sie die Unterschriftenliste zur Resolution Weiterführung der A 143 übergeben. Sie bat um Anregungen der Stadträte, welche Themen darüber hinaus angesprochen werden sollten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie aufgrund des seitens des Justizministeriums geplanten Großgefängnisses in der Stadt Halle eine Vielzahl anonymer Schreiben von Bürgern erhalten habe. Auf Nachfrage ihrerseits stünde die Justizministerin Angela Kolb zu einem Gespräch vor Ort zur Verfügung. Sobald ein Gesprächstermin feststehe, werden die Fraktionen informiert.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass am 29.02.2012 das U 21 Fußball EM-Qualifikationsspiel Deutschland - Griechenland im Erdgas-Sportpark stattfinde. An diesem Tag wäre aber auch die nächste planmäßige Stadtratssitzung.

Infolge dessen schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, die Tagesordnung so zu gestalten, dass die Stadtratssitzung um 18:00 Uhr beendet sei, um den Besuch des EM-Qualifikationsspiels für die Verwaltungsspitze und für Vertreter des Stadtrates zu ermöglichen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Haupt, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass Verkehrsschilder zunehmend bis zur Unkenntlichkeit mit Graffiti besprüht seien und fragte, wie die Stadtverwaltung mit diesem Problem umgehen wolle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob seitens der Verwaltung beabsichtigt sei, die Zweigstelle der Stadtbibliothek in der Südstadt zu schließen und auf welcher Grundlage dies beruhe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., kritisierte die Aussage der Oberbürgermeisterin. In den Medien wurden dazu seitens der Verwaltung bereits unterschiedliche Äußerungen gemacht. Es wäre eine Missachtung des Stadtrates, wenn einerseits Presseerklärungen erfolgen, aber andererseits der Stadtrat mit dem Verweis auf eine schriftliche Beantwortung nicht einbezogen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass sie sich vorerst über den Sachstand informieren müsse und aus diesem Grund zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage dazu treffen könne. Im Zuge dessen erinnerte sie daran, dass seitens des Stadtrates beabsichtigte mündliche Anfragen ein bis zwei Tage vor der Stadtratssitzung bei der Verwaltung eingereicht werden können. Für die Verwaltung bestünde dann die Möglichkeit, sich mit dem Sachverhalt zu befassen und die Anfrage in der Stadtratssitzung zu beantworten.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach der seitens der Stadtverwaltung angekündigten Wiedereinberufung der Lenkungsgruppe.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass Ende Februar 2012 eine erste Berichterstattung erfolgen soll. In dem Zusammenhang werden in der kommenden Woche die vorgesehenen Beteiligten der Lenkungsgruppe angeschrieben.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, fragte, weshalb seit ca. einem Monat die Baumaßnahme Delitzscher Straße nicht fortgeführt werde. Dort sei keine Bautätigkeit erkennbar.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Dazu finde in dieser Woche ein Gesprächstermin statt, so dass er im Anschluss daran detailliert informieren könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dass die Berichterstattung im kommenden Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF bzw. im Ausschuss für Planungsangelegenheiten erfolge.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte bezogen auf die Mitteilung der Oberbürgermeisterin zum geplanten Großgefängnis in der Stadt Halle, ob die Verwaltung in die Pläne der Landesregierung von Beginn an einbezogen war.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verneinte dies.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erinnerte an seine mündliche Anfrage zur Turnhalle Büschdorf in der Stadtratssitzung am 23.11.2011. In der Baugenehmigung war eine Nutzung der Turnhalle durch Sportvereine nicht vorgesehen. Mit Schreiben vom 20.12.2011 habe er von Herrn Beigeordneten Stäglin die Auskunft erhalten, dass der Gymnastikgruppe des Reideburger Sportvereins vorab die Nutzung der Turnhalle bis auf Widerruf genehmigt wurde.

Seinen Informationen zufolge, finde bis zum heutigen Tag kein Vereinssport in der Turnhalle statt. Den betroffenen Vereinen wurde lediglich ein Gespräch angekündigt und mitgeteilt, dass eine Genehmigung erfolgen werde.

Demzufolge fragte **Herr Bönisch** nach dem aktuellen Sachstand und nach dem Zeitpunkt einer Klärung, so dass die Sportvereine die Turnhalle nutzen können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Sport dem Bereich von Herrn Beigeordneten Kogge zugeordnet wurde und dort derzeit eine entsprechende Aufarbeitung der Sachverhalte erfolge. Sie gehe davon aus, dass zeitnah mit den betroffenen Vereinen ein Gesprächstermin gefunden und eine Nutzung der Turnhalle Büschdorf gewährleistet werde.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf die Kleingartenanlage „Steinerne Jungfrau“. Die Pächter haben ein Schreiben erhalten, dass sich die Pacht um 140 % von 242 € auf 591 € erhöhen soll. Iffolge dessen fragte sie nach den Gründen.

Darüber hinaus fragte **Frau Wolff**, inwiefern die Aussage der Oberbürgermeisterin beim Neujahrsempfang korrekt sei, dass die Finanzierung des S.C.H.I.R.M.-Projektes gesichert sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zur ersten Anfrage eine schriftliche Beantwortung zu.

Hinsichtlich der zweiten Anfrage wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass sie in Bezug auf das S.C.H.I.R.M.-Projekt lediglich ihre Meinung geäußert habe. Ihres Erachtens wäre dies als Anlaufstelle für Straßenkinder eine äußerst wichtige Einrichtung. Neben der Stadt Halle fördere auch das Land und das Umland die Einrichtung.

Darüber hinaus erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass keine finanziellen Mittel seitens der Stadt zugesagt wurden. Sie habe nur darauf aufmerksam gemacht, dass die Verwaltung hier keine Mittelstreichung vorschlagen werde. Dies wäre die Entscheidung des Stadtrates. Dem werde sie nicht vorgreifen. Nach ihrem Kenntnisstand wurde das in die entsprechenden Fachausschüsse auch in der Form eingebracht.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der weiteren Verfahrensweise bezüglich der Finanzierung des S.C.H.I.R.M.-Projektes im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dies in den zuständigen Fachausschüssen zu klären. Dort finden die Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2012 statt. Unabhängig davon verwies sie auf die übliche Verfahrensweise freiwilliger Aufgaben im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung. Die Verwaltung werde bei unabweisbaren Leistungen Abschlagszahlungen vornehmen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug auf die Errichtung einer Internationalen Schule in Heide-Süd und fragte zunächst, ob die seitens der Verwaltung im Rahmen einer schriftlichen Anfrage seiner Fraktion im Mai und Juni 2010 zugesagte Machbarkeitsstudie durchgeführt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verneinte dies.

Des Weiteren machte **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, deutlich, dass entsprechend der Antwort zum TOP 8.14

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer Internationalen Schule, Vorlage: V/2012/10377

die Verwaltung keine Kenntnis über einen möglichen Träger habe. Allerdings unterstütze die Verwaltung den Förderverein der internationalen Kindertagesstätte bei der Trägerfindung und stünde mit diesem in ständigen Kontakt.

Zudem habe die Oberbürgermeisterin im Rahmen des Besuchs der Internationalen Schule in Barleben angekündigt, dass im Sommer 2012 mit dem Bau einer Internationalen Schule in Halle begonnen werde. Insofern sei zu bezweifeln, dass die Verwaltung keine Kenntnisse über einen möglichen Träger habe.

Aufgrund dessen äußerte sich **Herr Paulsen** mit folgenden Fragen:

Welcher Träger beabsichtigt die Gründung einer Internationalen Schule im Stadtteil Heide-Süd?

Inwieweit ist die Stadtverwaltung hierbei involviert?

Wie ist der aktuelle Kenntnisstand der Stadtverwaltung?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig merkte sie an, dass sie die Gründung einer Internationalen Schule unterstütze, die Stadt aber nicht Träger sein werde.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 11 Anregungen

**zu 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zum Parkplatz am Südstadtring nordwestlich der Mailänder Höhe
Vorlage: V/2012/10368**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Darstellung von Informationen zur Umweltzone auf der städtischen Internetseite
Vorlage: V/2012/10382**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um die in der Antwort der Verwaltung zugesagte Beantwortung.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass die Verwaltung der Anregung zustimmen könne und die entsprechenden Informationen auf der städtischen Internetseite ergänzt werden. Dies bedeute technisch keinen zusätzlichen Aufwand.

Die Anregung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 29. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin